

Tiefgreifende Solidarität gefordert

Arbeitnehmerseelsorger weisen pauschale Diffamierung Arbeitsloser zurück

Besorgt über die Zunahme von Angst, Hoffnungslosigkeit und Entsolidarisierung in der Gesellschaft haben sich die Arbeitnehmerseelsorger im Bistum Hildesheim geäußert. Am Schluss ihrer Jahrestagung im St. Jakobushaus Goslar, 24. November, erklärten sie „Manche Verantwortliche in Politik und Wirtschaft scheinen eines vergessen zu haben: Das Problem sind nicht die Arbeitslosen – sondern ist die Arbeitslosigkeit“. Ein bloßer Druck auf die Arbeitslosen schaffe noch keine Arbeitsplätze und sei folglich „auch weiterhin nicht die Lösung des Problems“. Mit Nachdruck wenden sie sich gegen eine pauschale Diffamierung der Bezieher des Arbeitslosengeldes II. Der größte Teil von ihnen bewege sich im Rahmen dieses Gesetzes, es werde ihnen zu unrecht vorgeworfen, das Gesetz zu missbrauchen. Die Seelsorger beobachten vermehrt in ihrer seelsorgerlichen Arbeit, „dass sich immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erheblich unter Druck gesetzt fühlen“. Die Angst nehme zu, eine der Folgen sei, was in der Gesellschaft und in den Betrieben als ‚Mobbing‘ wahrgenommen werde. Das habe nicht nur dramatische Folgen für die Betroffenen und ihre Familien, sondern sei auch mit hohen gesellschaftlichen und sozialen Kosten verbunden.

Ausdrücklich rufen die Arbeitnehmerseelsorger die Kirchengemeinden und die Verbände auf, in dieser schwierigen Situation, in der sich die Bundesrepublik Deutschland befinde, „klare Ansagen aus dem Geist des Evangeliums zu machen“. Sie sollten sich „um eine wirklich tief greifende Solidarität zwischen den Geschlechtern, Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzlosen, Alten und Jungen, Deutschen und Ausländern“ bemühen. Dieses soll in den kommenden Jahren einer der eigenen Arbeitsschwerpunkte der Arbeitnehmerseelsorger sein, heißt es ihrer der Erklärung. Die Arbeitnehmerseelsorge unterhält Geschäftsstellen in Braunschweig, Bremerhaven, Göttingen, Hildesheim und Salzgitter.